

Was wäre dann besser ...

... wenn es einen ‚Block revolutionärer Gruppen‘ gäbe?

von [systemcrash](#) und [TaP](#)

Wir hatten kürzlich in unserem Text [Den Klassen-Begriff diskutieren!](#) geschrieben:

„Wenn es gelänge auf dieser Basis ein paar Gruppen der revolutionären Linken zu einer vertieften Zusammenarbeit zu organisieren (was wir als ‚Blockorganisation‘ bezeichnen), wäre aus unserer Sicht schon ein großer Schritt getan.“

Und wir hatten in einer Fußnote zu dieser Stelle angekündigt:

„zu der Frage, was eine solche revolutionäre Struktur von den bereits bestehenden sich als linksradikal, kommunistisch und/oder revolutionär verstehenden Bündnissen (IL, UG, Perspektive Kommunismus, 3A und – mit dem vermessenen Anspruch, kein Bündnis, sondern eine Organisation zu sein: – NAO) unterscheiden würde, wird es demnächst einen weiteren Text von uns geben.“

Diesen angekündigten Text möchten wir hiermit zur Verfügung und zur allseits kritischen Diskussion stellen.

Was würde also die „revolutionäre Struktur“, die uns als *nächster* Schritt in einem langfristig angelegten revolutionären Aufbauprozess als nützlich erscheint, „von den bereits bestehenden sich als linksradikal, kommunistisch und/oder revolutionär verstehenden Bündnissen“ unterscheiden?

Was würde sie also konkret von Interventionistischer Linker (IL), dem ...ums Ganze-Bündnis (UG), dem Bündnis Perspektive Kommunismus und den Resten des 3A-Bündnisses und der NAO (Berlin), die sich für eine Organisation (Neue Antikapitalistische Organisation) hält, unterscheiden? Und was würde sie von den schon existierenden bundesweiten Gruppen/Organisationen (insb. RIO, RSB und RSO) sowie Parteien (insb. DKP und MLPD) unterscheiden?

1. Grundsätzliches

Dass wir von „revolutionärer Struktur“ bzw. ‚Block revolutionärer Gruppen‘ sprechen, hat mindestens drei Gründe; zwei dieser Gründe beziehen sich auf den Begriff „revolutionär“ und einer auf die Ausdrücke „Struktur“ bzw. „Block“:

a) aa) Uns gefällt der vage Ausdruck „linksradikal“ nicht. Warum er uns nicht gefällt, werden wir weiter unten in FN 11 noch genauer begründen. Wir möchten an dieser Stelle zumindest einen Grund schon mal kurz andeuten: Zu Lenins Zeiten (warum wir Lenin ziemlich schick fin-

den, hatte DGS_TaP [dort](#) versucht, genauer begründen) war der „linke Radikalismus“ eine Linie, die sich selbst als Linie *links* von der Linie Lenins sah; und sie hatte in der Tat manchmal einen gewissen anarchistischen (was wir jetzt gar nicht sooo verkehrt finden; gewissermaßen war auch Lenins *Staat und Revolution* eine anarchistische Schrift, weil sie – gegen jeden Sozialdemokratismus/Reformismus – für eine Gesellschaft ohne Staat und Klassen plädierte); oftmals jedenfalls *sektiererischen* Einschlag. Heute bezeichnet „linksradikal“ dagegen vielfach einen bewegungstümelnden *Reformismus* – also eine politische Linie, die ziemlich eindeutig (und vermutlich auch nach ihrem *Selbstverständnis*) *rechts* von der Linie Lenins – oder, wenn wir uns nicht mit ollen Kamellen aufhalten wollen: der Linie, die *wir* ;-)) vorschlagen möchten – steht.

Dabei übersehen wir allerdings nicht, dass es in letzter Zeit, bspw. seitens des Insurrektionalismus¹, einen Versuch, gibt ein (auch im leninschen Sinne) linksradikales – eher an alt-autonome Konzepten angelehntes – Politikverständnis zu rekonstruieren. Nur sind solche Ansätze heute für die sich als „linksradikal“ verstehende Szene weitaus weniger repräsentativ als sie es in den 1980er und frühen 1990er Jahre waren.

bb) Wir halten es zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo mit dem Begriff „Kommunismus“ durchaus vielfältige und zum Teil hoch *problematische* – ums vorsichtig zu sagen – Vorstellungen (z.B. stalinistische) verbunden werden, für *jedenfalls voreilig* einen neuen revolutionären Anlauf auf den Begriff „kommunistisch“ zuzuspitzen² – auch wenn unser Ziel unbedingt eine Gesellschaft ohne Herrschaft, Ausbeutung und Staat ist (also das, was der Marxismus unter „Kommunismus“ versteht).

b) Wir halten es für absolut voreilig, zu versuchen, eine revolutionäre *Organisation* zu *gründen*. Wir halten es auch *nicht* für notwendig, dass sich die bestehenden *Bündnisse* von Gruppen auflösen, um zu dem zu kommen, was wir – jedenfalls bisher – Block revolutionärer Gruppen nannten.

Ein anderer möglicher Name³ für das, was uns als nächster Schritt vorschwebt, wäre: Koordinierungsrat (oder Koordinierungsräte) der revolutionären Linken, in dem oder denen sich die bestehenden revolutionären Gruppen und Bündnisse besser vernetzen und koordinieren, aber auch Diskussionen über strittigen Fragen organisieren könnten. Auch auf die Frage einer solchen Koordinierungs- und Diskussionsstruktur (Block oder Koordinierungsrat revolutionärer Gruppen) werden wir weiter unten noch genauer eingehen.

1 Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Insurrektionalismus>; Liste insurrektionalistische Webseiten: <http://de.indymedia.org/2012/04/328155.shtml>.

S.a.: „Damit ist das [der Insurrektionalismus] im Grunde ein Gegenentwurf zum [Plattformismus](#); [...]. Der Insurrektionalismus hat sich [...] in den englischen Sprachraum sowie in der Theorie nach Deutschland ausgebreitet, wo er im Grunde eine Revitalisierung des Autonomismus unter neuem Label darstellt.“ (http://deu.anarchopedia.org/Aufst%C3%A4ndischer_Anarchismus)

Vgl. als inner-anarchistische Kritik am Insurrektionalismus: <https://www.direkteaktion.org/214/die-militarisierung-der-revolte/>; zum Gegenkonzept des Plattformismus: <http://deu.anarchopedia.org/Plattformismus>; als marxistische Kritik am Plattformismus: http://bolshevik.org/deutsch/sonstiges/ibt_2011_plattformismus_und_bolschewismus.html.

2 Deshalb schlagen wir vor, *gemeinsam* (im Rahmen einer „Block“-Organisierung) – bis auf Weiteres – von „revolutionär“ zu sprechen (jedenfalls bis ein gemeinsames Begriffsverständnis von „kommunistisch“ erarbeitet ist), auch wenn wir *beide* uns *selbst* – auf der Grundlage unserer jeweiligen Kommunismus-Verständnisse – durchaus für kommunistisch halten.

3 Auch den Ausdruck „*Plena subjektiver RevolutionärInnen*“ hat TaP mal vorgeschlagen: <http://www.nao-prozess.de/blog/vorschlag-plena-der-subjektiven-revolutionaerinnen/>.

2. Inhaltliches

Wir möchten jetzt allerdings doch erst einmal – wie angekündigt – auf die Frage eingehen, was würde die von uns für nützlich gehaltene Struktur von IL, UG, ... usw. positiv unterscheiden?

Wir hatten bereits in unserem vorhergehenden Text („*Den Klassen-Begriff diskutieren!*“) unsere Vorstellungen für „inhaltliche Mindeststandards“ skizziert. Falls wir sie noch mal in leicht andere Worte gießen sollen, so würden wir diesmal die folgenden Worte wählen:

- „1. Zustimmung zur Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs
2. Keine Mitverwaltung von Herrschaft und Ausbeutung – weder als Regierungspartei, noch als sozial-bewegte Politikberatung
3. Bündnispolitik statt Sektiererei
4. Parteilichkeit / antagonistische Orientierung
5. Vom Netzwerk zum revolutionären Bündnis zur revolutionären Organisation.“

(<http://www.nao-prozess.de/blog/nach-hannover-ii-essential-entwurf-2-2/>)

Damit geht es bei unserem Vorschlag für eine Organisierung der RevolutionärInnen also durchaus *nicht nur* um **mehr organisatorische Effizienz**, sondern auch um Inhaltliches – und dieses Inhaltliche wäre auch *nicht nur eine Reduktion auf einen Minimalkonsens* (gegenüber den thematisch breiteren Programmatiken der verschiedenen Gruppen links vom parlamentarischen Reformismus), sondern würde u.E. durchaus auch einen zumindest **teilweisen *programmatischen Fortschritt*** bedeuten.

Der Standort unseres Sprechens (bzw. Schreibens)

Als ‚Zwei-Personen-Gruppe‘, deren beiden ‚Mitglieder‘ sich auch nicht in allen Punkten grün sind, können wir logischerweise keine große *politische Praxis* (auf die „*die Praxis*“ von vielen Linken leider immer wieder *reduziert* wird) entfalten, der sich dann andere Individuen und Organisationen anschließen könnten. Das heißt, es bleibt uns nichts anderes übrig, als darauf zu setzen, dass unsere Argumentationen so überzeugend sind, dass andere bereit sind, sich damit auseinanderzusetzen und dass sich aus dieser Auseinandersetzung (der gemeinsamen Diskussion) ein gemeinsames, tragfähiges Konzept ergibt, dass dann auch gemeinsam umgesetzt werden könnte.

Wir gestehen zu, dass dies eine gewisse Luftnummer-Qualität hat, an der wir aber (zumindest im Moment) nichts ändern können. Allerdings hat auch die Praxis der existierenden Kleingruppen und Bündnisse ihre unübersehbaren Grenzen. Den Praxisbeitrag, den wir zu Zweit und mit unseren Überzeugungen leisten können, ist vor allem *theoretische Praxis* der Bestandsaufnahme, der Kritik, des Sichtens positiver Ansätze und der Konzeptentwicklung – und dies ist unseres Erachtens *nicht* Nichts.

Vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen im NaO-Prozess, den einige 2013 in eine – aus unserer Sicht über's Knie gebrochenen – Organisationsgründung (Neue Antikapitalistische Organisation) münden ließen, schlagen wir ein zunächst bescheideneres, aber langfristig umso ambitionierteres Konzept vor: Einen Block / ein Bündnis revolutionärer Gruppen mit gemeinsamen theoretischen Mindestgrundlagen („Essentials“) und einer gemeinsamen politischen Praxis, soweit die inhaltlichen Übereinstimmungen tragen + Fortsetzung der theoretischen Diskussion über die verbleibenden Differenzen.

Ob diese „Luftnummer“ sukzessive mehr Verankerung in der (gesellschaftlich-politischen) Wirklichkeit bekommen kann, hängt davon ab, *ob* und inwieweit andere bereit und selber überzeugt davon sind, sich an solchen und ähnlichen Bemühungen um revolutionäre Konvergenz (inhaltliche Annäherung verschiedener Strömungen und Blockorganisation revolutionärer Gruppen) zu beteiligen.

Unsere Kritik, die wir dabei auch vorbringen, ist also keine bloß verwerfende Kritik, sondern von dem Optimismus getragen, dass sich aus dem Vorhandenen *mehr* und *Besseres* machen lässt, als zurzeit vorhanden ist. Die bundesweiten Bündnisse, die sich in den letzten mittlerweile fast zehn Jahren herausgebildet haben, sind unseres Erachtens ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, was aber nichts an ihrer – in Bezug auf Gewinnung von gesellschaftlichem Einfluss oder gar Fähigkeit, dem deutschen Imperialismus ernsthaft Steine in den Weg legen zu können – mäßigen Erfolgsbilanz ändert.

Dass wir nicht allen diesen Bündnissen gleich nahe stehen, versteht sich von selbst. Unser Benennen von Differenzen ist dabei zugleich mit der Suche nach inhaltlichen Schnittmengen verbunden. Damit diese Schnittmengen aber nicht eine *Reduktion* auf Minimalkonsense bedeuten, sondern perspektivisch *größer* werden, ist unseres Erachtens *Kritik* unvermeidlich – auch wenn wir uns erlauben, zu Zweit bundesweite Bündnis zu kritisieren und dies auf dem ersten Blick etwas vermessen erscheinen mag.

a) Z.B. wird die „Notwendigkeit eines **revolutionären Bruchs**“ bisher durchaus nicht von allen Gruppen der außerparlamentarischen Linken betont; einige Gruppen tendieren in der Tat zu dem, was wir als „sozial-bewegte Politikberatung“ kritisieren.

b) Das, was wir vorstehend „Parteilichkeit / antagonistische Orientierung“ nannten, hatten wir in unserem [vorhergehenden Text](#) „Klassenorientierung bzw. antagonistische Orientierung in Bezug auf ‚andere revolutionäre Subjekte‘, z.B. Geschlechterverhältnisse, Rassismus, spezifisch diskriminierte Gruppen u.ä.“ genannt. Auch das wäre unseres Erachtens ein strategischer Gewinn z.B. gegenüber klassen- und geschlechterindifferentem „Antikapitalismus“ und „Antisexismus“. **Soziale Lage spielt unseres Erachtens eine Rolle** (wenn auch nicht im Sinne einer linearen Determination von Bewusstseinsinhalten).

Linke Argumentation und Mobilisierung sollte sich u.E. nicht wahllos an „die Menschen“ richten, sondern vorrangig an die, die von der Abschaffung von Herrschaft und Ausbeutung Vorteile hätten.

c) Ein heutzutage eher geringeres, aber bei manchen Gruppen auch noch vorhandenes Problem ist das **Probleme der Sektiererei**, d.h.: der Verweigerung von Bündnispolitik mit reformistischen Kräften oder überhaupt *jeglicher* Bündnispolitik (oder Aktionseinheitspolitik).

d) Schließlich wird mit den von uns für richtig gehaltenen Mindeststandards – bei gleichzeitiger Ablehnung von organisatorischem Voluntarismus – betont, dass es **perspektivisch** nicht nur bei einem revolutionären Bündnis / Blockorganisation bleiben soll, sondern eine **revolutionäre Organisation** entstehen soll – was bisher auch nicht von allen Zusammenhängen (nicht einmal von allen bundesweit existierenden) so klar gesagt wird.

Anhand dieser Kriterien möchten wir nun also auf IL, UG, ... usw. eingehen.

a) Die **IL** ist u.E. nicht revolutionär (und sie verwendet den Begriff ja auch fast nie – manchmal allerdings schon). Sie mobilisiert gegen Symptome und nicht gegen gesellschaftliche Strukturen (Ursachen) – und hält mit ihren weitergehenden Zielen in der alltäglichen Praxis hinter dem Berg.

Wir halten diesbzgl. die Kritik an der IL, die im Mai 2012 von den damals am NaO-Prozess beteiligten Gruppen an der IL formuliert wurde, weiterhin für richtig:

„Wir wollen verbindliche Strukturen, wo Vertrauen und Kontrolle sich die Waage halten. Wo gefasste Beschlüsse respektiert werden, aber kein Dogma sind. Wo Leitungsstrukturen transparent gewählt werden und (fast noch wichtiger) wieder abgewählt werden können. – Bündnisse sind die geeignete Struktur für die Vorbereitung von Aktionen. Aber, wenn es allein dabei bleibt, ist die Gefahr des Absturzes in Kampagnen-Rödelei stets groß.

Zu sehen ist dies insbesondere an der Interventionistischen Linken (IL), dem größten bundesweiten Bündnis⁴ der post-autonomen Szene. Die größte dortige Mitgliedsgruppe, fast schon eine kleine Organisation für den norddeutschen Raum, ist Avanti – Projekt undogmatische Linke, die ein [rund 100-seitiges Programm](#) hat, das jedenfalls einige von uns ziemlich gut finden. Allerdings wirkt sich dieses Programm kaum auf die Praxis der IL aus. Zum Beispiel ist die Initiierung von Antikrisenaktionen in einer Zeit, in der es kaum Mobilisierungen gibt, zwar ein Verdienst der IL. Dies gilt auch für das Verbreiten neuer Aktionsformen, mit denen möglichst viele Menschen zum Erleben ihrer eigenen Handlungsfähigkeit und zur Überwindung des Gefühls von Ohnmacht gegenüber den Herrschenden ermutigt werden sollen.

Im Zweifelsfall läßt sich die IL jedoch auf einen Minimalkonsens, der für sozialdemokratische und linksliberale BündnispartnerInnen noch tragbar ist, ein. Und vor allem setzt die IL darauf, mit Aktionen – statt mit Argumenten – zu überzeugen.

Da haben wir doch ein deutlich anderes Politikverständnis, und wir legen mehr Wert darauf, auch im Rahmen von Bündnissen auch unsere eigenen Inhalte auszusprechen – ein Recht, das wir genauso auch unsere[n] BündnispartnerInnen zubilligen (anstatt alles auf eine fade Minimalkonsens-Soße zu reduzieren).“

<http://www.nao-prozess.de/blog/in-kuerze-auch-als-flugi-nao-muss-das-wirklich-sein-von-ik-rsb-sib-u-soko/>

Die von uns vorgeschlagenen revolutionären Mindestgrundsätze (Essentials) würden also gegenüber der bisherigen Politik der IL eine stärkere Betonung der Notwendigkeit eines revolu-

4 Inzwischen hat sich die IL allerdings in Richtung Organisation (statt Bündnis) weiterentwickelt; siehe insb. die Fusion der vormaligen Berliner IL-Gruppen FELS, ALB und Avanti Berlin zur Interventionistischen Linken Berlin.

tionären Bruchs auch in alltäglichen Mobilisierungen (und nicht nur in Sonntagsreden), also die Wahrnehmung einer stärkeren Avantgarde-Funktion nicht nur auf der Ebene der Aktionsformen, sondern auch auf der Ebene von Analyse und Strategie bedeuten.

b) Das ...ums Ganze-Bündnis betont(e) dagegen (jedenfalls bis es sich in den letzten ein, zwei Jahren wahrnehmbar an die IL annährte) deutlich stärker, dass es ihm nicht nur um den Kampf gegen Symptome, sondern um den Kampf jedenfalls gegen kapitalistische und staatliche Strukturen geht. Allerdings hängt dieser – *richtige* – Anspruch gewissermaßen in der Luft, da das UG-Bündnis nicht bereit und/oder in der Lage ist, eine zumindest potentielle gesellschaftliche Basis zu nennen, die diesem antikapitalistischen Willen zu Macht/Realität verhelfen könnte.⁵

Wir teilen diesbezüglich die Kritik am UG-Bündnis, die kürzlich die Antifa Kritik und Klassenkampf (ehemals: Campus Antifa) Frankfurt am Main formulierte:

„Seit einigen Jahrzehnten herrscht in bestimmten Teilen der Linken die Auffassung vor, der strategische Bezug auf Klassenkonzepte sei irgendwie antiquiert und auf jeden Fall ein Ausweis von verbohrtem Dogmatismus. Nach unserer Überzeugung stellen die stattdessen angewendeten Konzepte und Bezüge keine befriedigende Alternative dar, vielmehr führen sie leider allzu oft in strategische Sackgassen.

Ein bekanntes Beispiel dafür, in welche idealistischen Fallstricke man gerät, wenn man sich von der lohnabhängigen Klasse als Bezugspunkt für gesellschaftliche Veränderung verabschiedet, ist das seit einigen Jahren bundesweit aktive ...umsGanze-Bündnis (UG). In einem Interview vom Januar 2014 äußerte sich ein offizieller Vertreter des Bündnisses zu ihrem Verständnis von Klasse und Klassenbewusstsein folgendermaßen:

„Das Klassenbewusstsein in Deutschland, die Zahl der Lohnabhängigen und der Prekären sind auch für uns nicht Ausgangspunkt unseres Organisationsprozesses oder unserer Theoriearbeit. Solche persönliche Betroffenheiten und Interessen enden regelmäßig in nationalen Standortlogiken statt in emanzipatorischen Ideen und wären daher eher zu überwinden.“ (ND 25.01.2014)

UG verweigert der Kategorie des Klassenbewusstseins jeglichen politisch-emanzipatorischen Sinn, was kaum verwunderlich ist, wenn die Lage der Lohnabhängigen – die gesellschaftliche Tendenz zur Individualisierung und Entsolidarisierung verdoppelnd und verstärkend – zu persönlicher Betroffenheit entpolitisiert wird. Vom Klassenbewusstsein bleibt so nur noch das empirische vorfindliche Bewusstsein der Lohnabhängigen übrig und das sei nun mal in aller Regel standortnationalistisch. Wie man zu solchen Annahmen kommt, zeigt ein Blick in die Grundsatzbroschüre von UG, in der ebenfalls sehr knapp auf die Frage des Klassenbewusstseins eingegangen wird:

„Die Abhängigkeit der Staatsbürger von der nationalen Reichtumsproduktion überlagert objektiv den Klassengegensatz[...]. Dass sich die Proletarier aller Länder im Ersten Weltkrieg gegenseitig zu Hunderttausenden fürs jeweilige Vaterland abschlachteten,[...] dokumentiert nicht in erster Linie fehlendes ‚Klassenbewusstsein‘. Es offenbart viel mehr den historischen Stand der objektiven Verstaatlichung der Proletenklasse, ihre Integration ins nationalökonomische ‚Wir‘. [...] Gegenüber der Perspektive eines ›revolutionären Internationalismus‹ gehörte es bereits damals zu den handfesten Erfahrungen der Proleten, dass ihr Auskommen von der nationalökonomischen Gesamtbilanz ihres Staats in der Kolonial- und Weltmarktkonkurrenz abhing. Und dass sie in diesem Rahmen tatsächlich etwas zu gewinnen und zu verlieren hatten.“ (UG 2009: 41).

5 Die Sozialistische Initiative Berlin (SIB) schrieb im Nov. 2011 in einer mail an das ...ums Ganze-Bündnis: „Wenn Ihr in Eurer ‚Staat, Weltmarkt, ...‘-Broschüre schreibt, ‚es gibt ... nicht die eine revolutionäre Klasse‘, dann würden wir zwar sagen, dass in der Tat der hegelsche Weltgeist nicht dem Proletariat die ‚historische Mission‘ aufgegeben hat, den Kommunismus einzuführen. Wir würden aber – altbacken wie wir sind – schon sagen, dass es wahrscheinlicher ist, dass Lohnabhängige gegen den Kapitalismus und Frauen gegen das Patriarchat kämpfen, als dass dies KapitalistInnen bzw. Männer tun.“

Nun war ein weltgeschichtlich nicht ganz unbedeutendes Ergebnis des Weltkriegs die bolschewistische Oktoberrevolution, die unter dem Motto ‚Brot und Frieden‘ weite Teile des Proletariats hinter sich vereinen konnte und auch in vielen anderen europäischen Ländern kam es zu Rätehebungen, die nur mit der geballten Kraft der Konterrevolution niedergeschlagen werden konnten. Doch nicht nur historisch, sondern auch theoretisch wird hier einiges ausgelassen.

Die Bewusstseinslage der Proleten, ihre subjektive Integration, leitet sich für UG aus der objektiven Verstaatlichung bzw. Integration ab. Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft stellt sich allerdings etwas komplexer dar, [...].

Dass die Interessen der Lohnabhängigen selbst widersprüchlich sind (abhängig von der nationalen Reichtumsproduktion und gleichzeitig nur gegen die Profitinteressen der Einzelkapitale durchsetzbar); dass der Klassenkonflikt aller objektiven und subjektiven Integration zum Trotz bestehen bleibt und dass die Produktion nationalen Reichtums damit weiterhin auf durchaus erfahrbare Ausbeutung basiert, kommt bei UG nicht mehr in den Blick. Entsprechend verschweigt UG, dass die Beteiligung der Proleten am nationalen Reichtum immer durch die Artikulation proletarischer Interessen in sozialen Kämpfen durchgesetzt werden musste und den Lohnabhängigen nicht einfach von den Herrschenden aus akkumulationsstrategischen Rücksichten geschenkt wurde. Denn in einer Gesellschaft, die objektiv immer wieder zur Desintegration und Krise treibt, vollzieht sich Integration nicht bruchlos. Materialistische, auf Befreiung zielende Kritik muss in der Lage sein, solche Bruchstellen zu sehen und die Verhältnisse von Immanenz und Transzendenz, von Aktualität und Potentialität, zu bestimmen und die bestehenden Widersprüche zu denken.

Es gilt zu betonen, dass das Klassenbewusstsein – als gegen die reale Bewusstseinslage zu entwickelndes – dazu in der Lage ist, den stets latenten Klassenkonflikt in emanzipatorischer Perspektive auszutragen. Es wäre das Antidot, um die subjektive Integration des Proletariats aufzubrechen und entsprechend das genaue Gegenteil von Nationalismus. Es ist ein frontaler Angriff auf die kapitalistischen Ideologien, das Bewusstsein darüber, dass Lohnarbeit dumm und krank macht und deswegen auf einer weltweiten Ebene überwunden werden muss. Wo ein solcher Bezug fehlt, der zugleich ein Bezug zu den realen Problemlagen und Interessen der Lohnabhängigen ist, landet man in Sackgassen. Im unmittelbaren Anschluss an die oben zitierte Interviewpassage klingt das bei UG dann so:

‚Wir überlegen, was wir selbst relevant und wichtig finden, und versuchen, andere davon zu überzeugen, Angebote zu schaffen und Mitstreiter zu gewinnen.‘ (ND 25.1.2014)

Hier wird also – ohne zu analysieren, wer denn ein Bedürfnis nach der Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung haben könnte – eine PR-Strategie mit linksradikalem Inhalt vorgeschlagen. Die unglückliche Vereinigung von Positivismus und Ableitungsmarxismus in diesem Interview, die das Begreifen realer Widersprüche verunmöglicht, führt in die aporetische Wahl zwischen Resignation, die sich aus dem totalen Verblendungszusammenhang begründet, für UG aber natürlich nicht infrage kommt, und Idealismus, der sich in einer Mischung aus Diskurspolitik (andere überzeugen) und Marketing (Angebote schaffen – was in der Regel heißt: Kampagnen starten) verheddert. Es wird abstrakt die ganze Gesellschaft adressiert und gehofft, dass sich nach und nach immer mehr Leute dieser Bewegung anschließen werden. Nur: Wer außerhalb der ‚Szene‘ soll sich von Parolen wie #Kommunismussupergeil, ‚Kommunismus statt Schweinesystem‘ oder ‚Hier fliegen gleich die Löcher aus dem Käse‘ angesprochen fühlen?“

(<http://akkffm.blogspot.de/2015/04/02/der-kommende-aufprall/>)

Das heißt: Die von uns vorgeschlagenen revolutionären Mindestgrundsätze (Essentials) würden also gegenüber der bisherigen Politik des ...ums Ganze-Bündnisses eine stärkere Betonung der Orientierung auf die beherrschten und ausgebeuteten gesellschaftlichen Gruppen als potentielle TrägerInnen revolutionärer Praxis bedeuten.

c) Perspektive Kommunismus

Das Bündnis **Perspektive Kommunismus**, das im Frühjahr 2014 gegründet wurde und einen längerer Vorlauf an Kooperation der beteiligten Gruppen hat, wollen wir hier nur kurz erwäh-

nen. Dies liegt nicht etwa daran, dass wir meinen würden, Perspektive Kommunismus würde nicht in das Spektrum der [von uns für richtig gehaltenen revolutionären Mindeststandards](#) fallen. Es liegt auch nicht daran, dass wir nicht trotzdem in der einen oder anderen Frage anderer Auffassung wären als Perspektive Kommunismus – nur wollen wir zur Diskussion dieser Auffassungsunterschiede gerne eine andere literarische Form wählen als den vorliegende Text.⁶

d) RSO, RIO und RSB

Genauso klar fallen die Revolutionär-Sozialistische Organisation (**RSO**) und die Revolutionäre Internationale Organisation (**RIO**)⁷ in das Spektrum der von uns für richtig gehaltenen revolutionären Mindeststandards. Die Position der RSO zur Organisationsfrage haben wir schon öfters zustimmend zitiert⁸ und RIO sympathisiert in Griechenland mit ANTARSYA⁹, einem Bündnis dortiger revolutionär-antikapitalistischer Gruppen. Auch der Revolutionär-Sozialistische Bund (**RSB**) hatte sich während des NaO-Prozesses immer für das Konzept eines revolutionären Blocks ausgesprochen und die Berliner NAO-Gründung nur widerstrebend hingenommen.¹⁰

d) (Die Reste des) 3A-Bündnis

Das **3A-Bündnis** hat sich im Laufe seiner Geschichte (seit Gründung im Jahr 2010) erheblich umstrukturiert: Waren auf der [alten Homepage](#) zuletzt noch *neun* Mitgliedsgruppen verzeichnet, so sind es auf der [neuen](#) nur noch *fünf*. Das Bündnis hat u.a. die Organisierte Autonomie (**OA**) aus Nürnberg und die ARAB aus Berlin, die zunächst ihre „Fusion“ mit der NAO angekündigt hatte¹¹, nun aber doch noch irgendwie weiterhin eigenständig zu existieren scheint (jüngster [Blog](#)-Artikel vom 3. Jan. 2016), verloren. Auch ein Teil der Gruppen, die inzwischen das Bündnis Perspektive Kommunismus bilden, war mal im 3A-Bündnis.

6 Ein ‚virtueller Dialog‘ zwischen uns beiden über das Perspektive-Bündnis ist in Vorbereitung.

7 Etwas ausführlicher hatten wir uns dort zu RIO geäußert: https://systemcrash.files.wordpress.com/2014/03/mit_rueckfahrtschein_09-03-13_vor-fin.pdf, S. 16 f.

8 Besonders ausführlich geschah dies in unserer Kritik am Linkspartei-Entrismus der SAV und der Theorie und dem strategischen Konzept, mit dem sie ihn rechtfertigt: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0915/t120915.html>.

9 <http://klassegegenklasse.org/gegen-das-sparpaket-von-syriza-und-die-falschen-alternativen-der-volkseinheit-und-der-kke/>.

10 Etwas genauer auf die Politik des RSB bzw. seine Rolle im NaO-Prozess gehen wir am Ende in FN 16 dieses Papiers ein. – An dieser Stelle wollen wir noch erwähnen, dass auch die Internationale Bolschewistische Tendenz (**IBT**) in das Spektrum der von uns für richtig gehaltenen revolutionären Mindeststandards fällt; aufgrund ihrer geringen Größe fällt es uns allerdings schwer sie als bundesweite Gruppe zu bezeichnen und im Haupttext auf einer Ebene mit RSB, RIO und RSO, die alle immerhin in mehreren Städten des deutschsprachigen Raums existieren, zu behandeln. Das Gleiche gilt für die regional existierende Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet (**RIR**).

11 „Und wieder eine Antifa-Gruppe weniger. Die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin löst sich in die Neue Antikapitalistische Organisation auf.“ (<http://nao-prozess.de/eine-frage-der-praxis-interview-mit-nao-arab/>) / „ARAB wird zur NaO“ (<http://arab.blogspot.de/2014/10/14/arab-wird-zur-nao-eine-frage-der-praxis/>) – Das „löst sich in ... auf“ / das „wird zur“ wird zwei Tage nach dem Artikel im ARAB-Blog in einem taz-Interview zurückgenommen: „Wir lösen uns nicht auf, wir werden Teil der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO). [...] Das heißt aber nicht, dass es uns nicht mehr gibt: Wir bestehen weiterhin als ARAB und werden vermutlich in einzelnen Fragen auch immer noch eigene Sachen herausbringen.“ (<http://www.taz.de/!5030913/>).

All dies muss allerdings nicht von vornherein gegen das heutige 3A-Bündnis sprechen. Und immerhin ist auch auf der jetzigen Homepage dieses Bündnisses der 1. Mai-Aufruf von 3A für den 1. Mai 2011 weiterhin [verlinkt](#) (Rubrik „Klassenkampf“). Dort hieß:

„So wichtig die klassenkämpferische und politische Praxis ist, so beschränkt bleibt sie doch ohne kontinuierlich arbeitende Strukturen: zum Beispiel Gewerkschaften und kämpferische Basisgruppen in den Betrieben, antifaschistische Gruppen, selbstverwaltete Zentren und Arbeitskreise an Schulen und Unis. All sie sind für den kontinuierlichen, auf Erfahrungen und kollektiven Diskussionen aufbauenden Kampf in den verschiedenen Bereichen eine substantielle Grundlage.

Sich zu organisieren bedeutet auch, der Individualisierung, dem Egoismus und dem Konkurrenzdenken entgegen zu wirken. So wird die Tendenz, die dem Kapitalismus innewohnt und seine Überwindung ermöglicht, aufgegriffen: die Vereinigung der ArbeiterInnenklasse gegen die Klasse, die von Ausbeutung und Unterdrückung profitiert. Unsere heutigen Zusammenschlüsse sind die Grundlage, um zukünftig sämtliche gesellschaftlichen Bereiche selbstbestimmt, kollektiv und solidarisch zu regeln und Strukturen zu entwickeln, die an die Stelle profitorientierter Unternehmen und des bürgerlichen Staates treten. Doch auch die Strukturen in verschiedenen Teilbereichen reichen nicht aus. Wir, die Gruppen, die diesen Aufruf veröffentlichen, sind uns darin einig, dass eine politische Kampforganisation notwendig ist, die sich nicht mit der Verbesserung des Kapitalismus beschäftigt, sondern an seiner Überwindung arbeitet. Eine Organisation, die die revolutionäre Theorie und Praxis langfristig und kontinuierlich entwickelt, Schulung und Information gewährleistet und sich nicht auf tagespolitische Kämpfe beschränkt und darin abarbeitet, sondern deren Dynamiken für den revolutionären Prozess nutzt. Sie kann und darf die verschiedenen anderen Organisationen dabei nicht ersetzen, sondern muss in einem dialektischen, sich ergänzenden und aufeinander aufbauenden Verhältnis zu ihnen stehen und die Selbstorganisationen in den verschiedenen Bereichen ermöglichen und unterstützen. Der Aufbau einer bundesweiten revolutionären kommunistischen Organisation muss heute diskutiert, vorbereitet und entwickelt werden. Unser Bündnis kann und soll nicht zuletzt hierzu einen Teil beitragen.“

(<http://3a.blogspot.de/2011/03/25/aufruf-zum-1-mai/>)

Mit dem Satz, „*Der Aufbau einer bundesweiten revolutionären kommunistischen **Organisation** muss heute diskutiert, vorbereitet und entwickelt werden.*“, benannte/benennt 3A deutlich klarer als IL, UG und auch Perspektive Kommunismus, worauf es auch unseres Erachtens als *übernächsten* Schritt hinauslaufen muss.

Zugleich enthielt dieser Text aber auch eine wichtige Zweideutigkeit – und zwar in Form des Satz, „*Wir, die Gruppen, die diesen Aufruf veröffentlichen, sind uns darin einig, dass eine politische Kampforganisation notwendig ist, **die sich nicht mit der Verbesserung des Kapitalismus beschäftigt, sondern an seiner Überwindung arbeitet.***“

TaP merkte dazu zu Zeiten des NaO-Prozesses an:

„Zwar ist es niemals die Aufgabe von KommunistInnen den Kapitalismus zu verbessern, aber sehr wohl ist es auch heute noch die Aufgabe von KommunistInnen, für eine Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen sowie der anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten auch im Kapitalismus zu kämpfen, und sich nicht auf die Propaganda und Vorbereitung der Revolution zu beschränken. Und dafür sind auch heute noch Bündnisse mit ReformistInnen, die sich – im Unterschied zu KommunistInnen – in der Tat die Verbesserung des Kapitalismus zur Aufgabe gemacht haben, notwendig. Lenins Linksradikalismus-Kritik ist auch im Jahre 2011 noch aktuell.“

(<http://www.trend.infopartisan.net/trd0611/t030611.html>)

Und in der Tat scheint uns der fragliche Satz aus dem 3A-Aufruf eine gewisse Tendenz in Richtung der ultra-linken Phase von Ende der 1920- / Anfang der 1930er-Jahre (sog. „dritte Periode“) der KomIntern (Sozialfaschismus-These) zu haben.

Vor diesem Hintergrund löst auch der folgende Satz aus der aktuellen Elmau-Auswertung des 3A-Bündnisses bei uns gewisse Bedenken aus:

„Der Umfang und Erfolg der Stop-G7-Proteste haben uns gezeigt, dass man sich nicht von bürgerlichen ‚Großorganisationen‘ erpressen lassen muss, um sie mit ‚ins Boot‘ zu bekommen. Engagierte Einzel-AktivistInnen, kleine und vielfältige Basisinitiativen, gut koordinierte revolutionäre Organisationen und Bündnisse, ein klarer Aufruf und Aktionskonsens um den man sich gruppieren kann haben diesen Protest möglich gemacht.“

(<http://3a-rb.org/g7-auswertung-entschlossener-protest-auch-im-herzen-der-bestie/>)

Wir finden es zwar völlig richtig und sogar notwendig, dass RevolutionärInnen auch eigene Aktionen und Mobilisierungen durchführen, wenn dieses für die Darstellung ihrer Inhalte wichtig ist. Dazu kann auch gehören, darauf Wert zu legen, dass eine Demo an einem symbolisch wichtigen Ort und nicht weitab von dem Event, gegen das demonstriert wird, stattfindet.

Bei dem zitierten Satz fragen wir uns allerdings, *welche* „Großorganisationen“ dort anhand *welcher Kriterien* als „bürgerlich“ klassifiziert werden (allein, dass eine Organisation reformistisch ist, macht sie nicht zu einer bürgerlichen) und was dort genau als „erpressen“ klassifiziert wird. Es ist klar, dass in einem Bündnis mit ReformistInnen nur gemeinsame Teilziele, aber nicht ein revolutionäres Politikkonzept Bündnis-Konsens sein kann.

RevolutionärInnen sollten zwar darauf achten, dass sie ihre weitergehenden bzw. abweichenden Vorstellungen auch bei Bündnisaktionen darstellen dürfen und auch *tatsächlich* darstellen; aber keine geeignete Bündnisgrundlage ist es, zu versuchen, den ReformistInnen die eigenen Inhalte aufzudrücken. Wenn sich ReformistInnen einem solchen Ansinnen von RevolutionärInnen verweigern, ist das keine ‚Erpressung‘.

Solange die RevolutionärInnen nicht in der Lage sind, ‚die‘ Revolution zu machen, sind sie darauf *angewiesen*, Bündnisse mit ReformistInnen für *Teilziele* einzugehen. Sofern dies das 3A-Bündnis – in der besagten Tradition der späten 1920er und frühen 1930er Jahre – anders sehen sollten, hat die leninsche Linksradikalismus-Kritik auch heute ein geeignetes Objekt/Subjekt, das von ihr getroffen wird.¹²

Trotzdem möchten wir nicht leichtfertig auf mögliche Abklärungsversuche verzichten – nur aufgrund unterschiedlicher historischer und/oder identitärer Bezüge, die nicht *zwangsläufig und*

12 Der „linke Radikalismus“, wie ihn Lenin kritisierte, lässt sich im wesentlichen als eine Absage an „Taktiken“ charakterisieren, um damit die eigene vermeintliche „Prinzipienfestigkeit“ zu dokumentieren. In Wirklichkeit ist es aber die unpolitische Haltung, sich nicht die „Finger schmutzig machen zu wollen“. Denn sich die „Finger schmutzig zu machen“, ist in der Politik *unvermeidlich*, aber nicht gleichbedeutend mit „Verrat“ (einem Begriff, den wir wegen seiner moralisierenden Tonlage ohnehin eher kritisch gegenüberstehen) bzw. mit Aufgabe der eigenen Ziele und des Kampfes für sie (sondern stellt gerade *eine Form* dieses Kampfes dar). Wenn wir also den vagen Begriff „linksradikal“ ablehnen (oder ungern verwenden), dann in diesem leninschen Sinne: dass es notwendig ist, Taktiken zu entwickeln, um eine revolutionäre Programmatik (und Praxis) in *breiteren Kreisen* zu verankern.

Die Grenze zum Opportunismus ist dabei überschritten, wenn die Taktiken nicht im Rahmen der Strategie liegen, sondern als *Ausnahme/Abweichung* von der Strategie konzeptioniert werden.

von vornherein jegliche Form von Zusammenarbeit unmöglich machen *müssen*. Allerdings wäre es aber auch möglich, dass genau **so** ein Ergebnis dabei herauskommt¹³ – aber dann ist es zumindest versucht worden.

e) NAO

In Bezug auf die NAO würden die von uns für richtig gehaltenen Essentials vor allem eine Korrektur der voreiligen Organisationsgründung und des – beim heutigen Stand der gesellschaftlichen Kämpfe und des Bewusstseins nicht realisierbaren – „Breitheits“-Anspruchs bedeuten.

Leider mussten wir feststellen, dass der ganze NAO-Gründungsakt (im Herbst 2013 [von der Hälfte des NaO-Prozesses](#) beschlossen und [im Feb. in Berlin 2014 vollzogen](#)) reiner Voluntarismus war, der auf der Grundlage des „Prinzips Hoffnung“ geschah. (Wenn einige vorangehen, werden andere schon nachkommen). Dass diese Hoffnung auf Sand gebaut war, scheint inzwischen auch den NAO-ProtagonistInnen zu dämmern. Jedenfalls schrieb Martin Suchanek von der Gruppe Arbeitermacht, die die NAO maßgeblich trägt, im Sommer 2015: „Daher entwickelten sich die Berliner NaO und deren Koordinierung praktisch bundesweit zur maßgeblichen Gruppierung. Andere Ortsgruppen folgten entweder deren politischen Initiativen oder verhielten sich mehr oder minder passiv.“¹⁴

Hinzukommt, dass – anstatt die Essential-Diskussion mit der Verabschiedung des [gemeinsam erarbeiteten Papiers](#) zur weitere Arbeitsgrundlage zu machen – die NAO auf der Grundlage eines „Manifestes“ gegründet wurde, dass mehr Fragen verursacht als Antworten gibt, und daher die ganze „Gründung“ auf einer *nicht genügend ausgewiesenen* programmatischen „Nicht-Basis“ beruht, die auch nicht „revolutionär“ ist, sondern revolutionäre mit gradualistisch-reformistischen Positionen *vermischt* (begründet wurde dies mit der notwendigen Herstellung von möglichst viel „Breitheit“). Auch dies wird von Martin Suchanek mittlerweile eingesehen: „Für uns war immer klar (und wir haben das immer klar formuliert): Die NaO ist ein Mittel zum Zweck beim Aufbau einer größeren revolutionären Organisation auf Basis eines revolutionären Programms. [...]. Letztlich muss aber die NAO ihren Wert darin behaupten, ob sie eine richtige politische Orientierung liefern kann [...]. Der rechte Flügel der NaO sieht das anders. Er hat sich vor kurzem als Strömung ‚NaO Wolken‘ formiert, [...]. Sie wollen eine ‚plurale‘, breite, anti-kapitalistische Organisation, die kein revolutionäres Programm hat und das auch gar nicht anstreben soll.“¹⁵

13 Die Tendenz des 3A-Bündnisses zum 20er Jahre-Revival wirkt sich auch hinsichtlich anderer Themen, auf die wir vielleicht bei anderer Gelegenheit mit einem eigenen Text eingehen werden, aus. Auch Differenzen auf diesen Themengebieten müssen keine Hinderungsgründe für Zusammenarbeit sein, solange nur eine ausreichende Menge an Gemeinsamkeiten hinsichtlich **revolutionärer Mindeststandards** vorhanden ist, **die von allen Beteiligten in unterschiedlicher Hinsicht ergänzt werden können**.

14 <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni201/nao.htm>.

15 ebd. – Bereits im NAO-Manifest selbst hieß es (und Martin zitiert diese Stelle in seinem Artikel vom Sommer 2015): Das „Manifest [...] ist jedoch noch weit davon entfernt, ein Programm einer revolutionären Organisation darzustellen, in der die politischen Differenzen der jeweiligen Strömungen überwunden wären.“ (Fehlt es nur an Überwindung der verbliebenen Differenzen oder handelt es sich – auch nach Selbsteinschätzung der Autoren selbst – *auch unabhängig davon* um kein „Programm einer revolutionären Organisation“?)

Wir sind der Meinung, dass das Manifest von Anfang an eher den notwendigen Klärungsprozess *behinderte* als beförderte und organisationstheoretisch eher dem Syndikalismus (Mischorganisation von Partei und Gewerkschaft) als dem Leninismus (Schaffung einer *politischen* Organisation von RevolutionärInnen) zuzuordnen ist. Für so ein Konzept hätte es keiner NAO-Gründung bedurft, sondern dann hätte man sich einfach *irgendeiner bereits bestehenden Organisation* (je nach persönlichem Geschmack und Vorliebe, bei Orientierung auf außerbetriebliche soziale Bewegungen der IL; bei betrieblich-gewerkschaftlicher Orientierung der Linkspartei oder dem dreiköpfigen Marxistischen Arbeitskreis in der SPD) anschließen können und/oder mehr Bündnisarbeit (z. B. in Basisbewegungen) leisten können.

d) DKP und MLPD

Die größten Organisationen in Deutschland mit revolutionärem Anspruch dürften weiterhin die DKP und die MLPD sein. Wir müssen gestehen, dass wir beide beide Organisationen nicht gut genug kennen, um einschätzen zu können, ob mit ihnen über einen längeren Zeitraum hinweg gemeinsame Praxis möglich ist, die über gemeinsame Demo-Teilnahmen (getrennter Blöcke) und gemeinsame Teilnahme an Podiumsdiskussionen etc. hinausgeht.

Uns erscheint allein schon fraglich, ob sich mit diesen Parteien – aufgrund der von ihnen vertretenen Theorie vom „Staatsmonopolkapitalismus“ auch nur auf eine gemeinsames Verständnis von „Kapitalismus“, der überwunden werden soll, einigen lässt. Von Fragen des Agierens in Bündnissen (nicht-sektiererischer Avantgardismus) und der Frage der *Klassenorientierung* nicht nur im Bereich der Innen-, sondern *auch Außenpolitik*¹⁶ sowie des Verhältnisses von Kapitalismus, Rassismus und Sexismus (Punkte, die auch in Bezug auf das 3A-Bündnis heikel werden könnten) gar nicht erst zu reden.

Trotzdem würden wir uns über eine Äußerungen dieser beiden Organisationen zu den von uns für richtig gehaltenen revolutionären Mindeststandards freuen – alles weitere ließe sich anschließend klären.

3. Organisatorisch-Technisches

In [unserem vorhergehenden Text](#) schrieben wir:

„Die Ereignisse in Griechenland haben im Großen gezeigt, dass ein reformistisches/keynesianistisches (Regierungs)projekt innerhalb der EU-Strukturen nicht mehr durchführbar ist. Wenn wir also nicht endgültig vom Neo-Liberalismus (dem Ende der Geschichte und damit der Alternativen) kapitulieren wollen, werden wir also einen Weg finden müssen, diejenigen Linken, die an einem ‚revolutionären‘ Anspruch festhalten, zu einer größeren Handlungsfähigkeit zu bringen. Das geht nur durch eine Zusammenlegung der (bescheidenen) Ressourcen und eine Einigung in wesentlichen programmatischen Fragen.“

16 Auch in der NAO Berlin scheint sich, wie deren Texte zur Ukraine und zu Israel/Palästina zeigen, die GAM-Linie der „antimperialistischen Einheitsfront“ mit ihrer Überordnung der Kategorie des „Volkes“ über die Kategorie der „Klasse“ durchgesetzt zu haben. Vgl. dagegen Lenin: „Die kommunistische Partei, [... muß] [...] von einer klaren Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen schlecht hin; [... ausgehen].“ (LW 31, 133)

Was meinen wir nun mit „Zusammenlegung der (bescheidenen) Ressourcen“:

- Das meint zunächst einmal – durchaus noch weiter auf inhaltlicher Ebene – eine Verbesserung der theoretischen Kompetenz. (Eine Blockorganisation wäre u.E. also auch unter diesem Gesichtspunkt *mehr* als die Addition von ein paar Gruppen.) Der entscheidende Vorteil wäre ein Abgleich (eine Konvergenz) der inhaltlichen Positionen aus unterschiedlichen politischen Spektren, was – zumindest ist das unsere Erwartung – zu einem größeren Realismus dieser Positionen führt (führen soll). Ohnehin ist anzunehmen, dass, je größer eine Organisation (oder politische [Gruppen]struktur) wird, auch eine zunehmende Kompromissfähigkeit von den einzelnen Mitgliedern eingefordert werden muss. Diese Kompromissfähigkeit ist aber nur dann prinzipienfest, wenn sie sich eben *noch* im Rahmen einer revolutionären Programmatik bewegt.¹⁷
- Weitere Vorteile wären eine stärkere (inhaltliche) Positionierung gegenüber ReformistInnen in Bündnissen, wenn sich auf die Essentials geeinigt werden könnte. Auf der Grundlage dieser Essentials könnte in Bündnissen mit gemeinsamen Positionen und größerem zahlenmäßigen Gewicht / Mobilisierungsfähigkeit aufgetreten werden. Es wäre einfacher, Wünsche in Bezug auf RednerInnenliste und Aufruftexte durchzusetzen. Gemeinsame Demo-Blöcke bzw. auf einander bezogene Teil-Blöcke hätten mehr optisches Gewicht für Außen-Wahrnehmung von Demos (als versprengte kleine Grüppchen innerhalb großer Demos).
- Drittens bestünde mit einer Blockorganisation ein bundesweites *Label*, was die starke lokale/regionale Zersplitterung der linken Gruppen zumindest abmildern könnte. IL, UG, Perspektive und NAO (und auch SAV, RIO und RSO) sind zwar alle vier (bzw. sieben) in Berlin relativ stark, aber ansonsten dürften sie alle *unterschiedliche* lokale Schwerpunkte haben – mit einem „Block“ gäbe es ein Label, das vermutlich zumindest in allen Städten mit mehr als 500.000 EinwohnerInnen wahrnehmbar ist.

4. Zurück zum Grundsätzlichen

Wir möchten an dieser Stelle noch mal genauer auf zwei der in Abschnitt 1. angerissenen Grundsatzpunkte zurückkommen.

a) Beim Begriff „Kommunismus“ schlagen wir vor, sich auf diesen erst dann gemeinsam positiv zu beziehen, wenn es eine klare Positionierung (geschichtliche Aus-/Aufarbeitung) zum/des „Stalinismus“ gibt. Wir wissen, dass dies ein hartes und schweres Stück Arbeit wird und ein Teil der subjektiv-revolutionären Bündnisse / Gruppen wird allein schon wegen dieses *einen*

¹⁷ Daher legen wird das Hauptaugenmerk auf die Essential-Diskussion. *Die inhaltliche Klärung einzelner kontroverser oder strittiger Fragen ist dann der ‚Gegenstand‘ des Block-Prozesses selbst.* Dass es sich dabei auch herausstellen kann, dass Positionen unvereinbar sind, ist uns bewusst – und durchaus auch eine politische *Notwendigkeit*.

Punktes abspringen. Aber wir halten dies für eine absolute Notwendigkeit – nicht zuletzt auch deswegen, weil der „Antikommunismus“ in der BRD-Gesellschaft ein virulentes und hartnäckiges Hindernis für eine „Linksverschiebung“ darstellt. Ihm kann jedenfalls nur mit einer klaren Position begegnet werden (was auch immer am Ende deren genauer Inhalt sein mag).

b) Und hinsichtlich unserer Präferenz für eine „Blockorganisation“ / für ein Bündnis revolutionärer Gruppen als nächsten Schritten möchten wir noch ergänzen:

Aufgrund des niedrigen Stands der Klassenkämpfe als auch des Klassenbewusstseins wäre die „Gründung“ einer Organisation (im klassischen Jargon: „Partei“), die sich als **die** „Avantgarde“ des revolutionären Prozesses ansieht, ein rein voluntaristischer Akt. Auch ist es nicht so, dass *eine* bestimmte linke Strömung den roten Stein der Weisen besitzt, sondern in jeder Strömung / Organisation findet sich eine Mixtur von „richtigen“, „halb-richtigen“ und „falschen“ Ansichten – und dies in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen. Deshalb bedarf es unseres Erachtens eines organisatorischen Zwischenschritts in Form eines Blocks revolutionärer Gruppen, in dessen Rahmen – neben der exemplarischen Entwicklung gemeinsamer politischer Praxis – die einzelnen Themen, die für die Entwicklung einer revolutionären Programmatik wichtig sind, mit dem Ziel der Feststellung möglichst großer Schnittstellen aufgearbeitet und *abgeglichen* werden sollen (was wir als „**revolutionäre Konvergenz**“ bezeichnen). Daher empfehlen wir auch nicht den einzelnen Gruppen, dass sie sich „auflösen“ sollen (jedenfalls nicht als *ersten* Schritt), sondern dass sie sich in diesen (Diskussions)prozess einbringen mögen, der diese Blockorganisation hervorbringen soll (und schließlich sollte auch eine *gemeinsame* Organisation dabei herauskommen, was wir aber nur als *langfristige* Perspektive ansehen). Wir wollen an dieser Stelle nicht verschweigen, denn das wäre unredlich, dass die Organisationen/Gruppen mit der Beteiligung an einem solchen Diskussionsprozess auch ein gewisses Risiko eingehen (der NaO-Prozess, den einige Beteiligte *als Organisationen* nicht oder nur stark geschwächt überlebt haben, hat es gezeigt). Wir glauben aber, dass dieses Risiko vertretbar ist, denn die Existenz mehr oder weniger politikunfähiger Kleingruppen kann auf die Dauer keinen politischen „Mehrwert“ schaffen. (Allerdings sind uns existierende Kleingruppen immer noch lieber als wenn es *gar nichts* gäbe).

5. Resümee

a) Der NaO-Prozess hat aus unserer Sicht des weiteren gezeigt, dass ein gutes (und richtiges) Konzept noch keine Garantie für einen Erfolg ist. Und eine Erfolgsgarantie gibt es eh generell nicht. Selbstkritisch würden wir auch zugestehen, dass auch der ‚linke Flügel‘ nicht alles richtig gemacht hat. Allerdings war es für den Versuch der Wahrung des revolutionären Charakters des NaO-Prozesses notwendig, die inhaltlichen Mindeststandards zu verteidigen. Dass der Eine oder Andere – von beiden Flügeln des NaO-Prozesses – sich in so mancher Debatte auch mal im Ton vergriffen hat, ist in der Hitze auch des intellektuellen und politischen Gefechts unvermeidlich (und selbst Bestandteil von [kollektiven] *Lernprozessen*). Dessen unbeschadet sind wir der Überzeugung, dass eine Organisation, die immerhin beansprucht, die

ganze Gesellschaft auf eine neue Grundlage stellen zu wollen, eines Minimums an Ernsthaftigkeit und Strenge in der Diskussionskultur bedarf, was allerdings etwas anderes ist als Schläge unter die Gürtellinie.

Dass eine Gruppe wie die SIB (an sich war die SIB nicht wirklich eine Gruppe, sondern mehr eine informelle Koordination), die zu Anfang wirklich gute und interessante Texte herausbrachte, innerhalb kürzester Zeit, als der „NAO-Prozess“ anlief, ihre eigenen Positionen aufgab und sich rechtszentristischen und gar reformistischen Konzepten unterwarf zugunsten einer angeblichen „Breitheit“ von „AntikapitalistInnen“ (was sich auch noch als Chimäre herausstellte), zeigt, dass es nicht ausreicht, ein „gutes Programm“ zu haben, sondern es auch Menschen mit der entsprechenden *Standhaftigkeit und Geduld* bedarf.

Dass auch der „linke Flügel“ es nach der Spaltung des NaO-Prozess nicht geschafft hat, sich noch einmal zusammenzurufen, ist nicht wirklich verwunderlich. Erstens waren es *sehr* kleine Gruppen mit wenig Kapazitäten (IBT, InterKomm und [paeris]) und der Frustfaktor war hoch, zweitens waren die inhaltlichen Differenzen auch *innerhalb des linken Flügels* nicht gerade klein (insb. in der Frage des Nationalismus und Antinationalismus und des Imperialismus-Verständnis sowie der politischen Kultur bzw. Arbeitsweise) und drittens war die Rolle des RSB im NaO-Prozess ziemlich – milde ausgedrückt – ambivalent.¹⁸

b) Inwieweit ein erneuter Anlauf in der Organisationsdebatte *heute* mit Erfolgsaussicht möglich ist, ist schwer einzuschätzen. Der NAO-Prozess hat bei vielen Gruppen tiefe Wunden geschlagen und es wird wohl einige Zeit brauchen, bis diese einigermaßen wieder verheilt sind. Umso mehr würdigen wir das im Dezember veröffentlichte „Plan A“-Papier von Thomas Seibert und die Aktivitäten der IL, die weiterhin die Organisationsfrage ernsthaft diskutieren. Allerdings beschränken sich diese Bemühungen auch mehr oder weniger auf das ‚postautome‘ und bewegungslinke Milieu und das Seibert-Papier ist der erkennbare Versuch, diese Organisationsdebatte der IL auf das rot-rot-grün Milieu zu verbreitern. Dies scheint uns aber in dieser Form (d.h.: ohne Klassen- und revolutionärer Orientierung) eine Sackgasse zu sein, wie die SYRIZA-Erfahrung gerade erst zeigte.

Wir glauben: Wenn es *überhaupt* einen Weg geben sollte, dann kann er nur über eine **inhaltliche Annäherung der Gruppen führen, die weiterhin an einem revolutionären Anspruch festhalten** (wie problembeladen dieser Anspruch im Einzelnen auch immer sein mag). Mit ReformistInnen und GradualistInnen muss zwar auch diskutiert werden (falls es dafür Möglichkeiten gibt), und es ist notwendig, Bündnisse mit ihnen für Teil-Ziele zu schließen; die Organisationsbildung als solche muss aber (erst mal¹⁹) ohne sie stattfinden.

18 Auf der einen Seite trug er mehr oder weniger die Positionen des linken Flügels mit (es gehe um eine *revolutionäre* – nicht bloß vage „antikapitalistische“ – Organisation und als Zwischenschritt dort hin bedürfe es eines Organisationenbündnisses / Blocks revolutionärer Gruppen [statt einer voreiligen, voluntaristischen „Organisations“gründung), aber er wollte es auch nie zu einem offenen Bruch mit der *isl* (dem anderen Teil der deutschen Sektion des selben internationalen Dachverbandes, der [mandelianischen] IV. Internationale) und der SIB (von der viele Mitglieder aus der gleichen Tradition kamen) kommen lassen. So war gerade die größte Gruppe des linken Flügels nur halb bei der Sache. Aber zumindest zeigt diese kleine Episode eine gewichtige Lehre auf: Eine schwankende Haltung schwächt *beide Seiten*: sowohl die konsequenten Kräfte als auch die lavierende Organisation selbst (mittlerweile fühlt sich der RSB unziemlich von der GAM dominiert, was aber völlig in der Logik dessen lag, im NaO-Prozess nicht mehr nach einem Konsens zwischen den beteiligten Gruppen zu suchen, sondern in Berlin mit Mehrheit unter individuellen Mitgliedern abzustimmen).

19 „Erst mal“ meint dabei *zweierlei*: 1. bis die ReformistInnen vielleicht einmal RevolutionärInnen werden (oder aber die RevolutionärInnen aufhören, welche zu sein) oder 2. bis unter genau umrissenen Bedingungen die Mitarbeit einer *starken* Fraktion von RevolutionärInnen in einer *nicht*-revolutionären politischen Organisation ausnahmsweise sinnvoll ist (Voraussetzung dafür ist aber auf alle Fälle das Vorhandensein *starker eigenständiger* revolutionärer Strukturen sowie deren Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung).

c) Wenn Thomas Seibert schreibt,

dem „disstenten Drittel“ fehle „offensichtlich eine gemeinsame Stimme, d.h. die politische Artikulation, mit der es zum ‚Lager‘ oder zum ‚Block‘ einer Gegenmacht würde. Anders gesagt: das dissidente Drittel dieser Gesellschaft ist in sich und in seinen Verbindungen zu anderen Milieus diffus, seine Zusammensetzung wechselt je nach Anlass, es verfügt über keine gemeinsamen Orte, keine gemeinsame Agenda, keinen gemeinsamen strategischen Entwurf. Es ist also, auf den Punkt gebracht, weit entfernt davon, ein politisches Subjekt zu sein.“,

dann scheinen uns in seiner Perspektive die Frage nach der sozialen Basis linker Politik und die Organisierungsfrage zusammen zu fallen: In beiden Fällen geht es ihm um das, was er „dissidentes Drittel“ nennt (wenn auch in der Perspektive, dass dieses Drittel langfristig den Status der Minderheit und der bloßen Dissidenz verliert).

Wir würden dagegen vorschlagen, den *sozialen Bezugspunkt* linker Politik schon jetzt *breiter* zu fassen (wir sehen ihn in den verschiedenen Beherrschten und Ausgebeuteten der verschiedenen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, die auch heutige Gesellschaftsformationen durchziehen), aber die *Organisierungsfrage in zwei Fragen aufzuteilen*: aa) die Frage nach der Organisation der RevolutionärInnen und bb) die Frage nach Bündnissen von revolutionären, gradualistischen und reformistischen Linken.

Beides [aa) und bb)] ist notwendig, solange der Sturz von Herrschaft und Ausbeutung nicht möglich ist. Die zeitliche Priorität liegt für uns dabei aber bei der Organisation der RevolutionärInnen. Denn zum Einen ist der Sturz von Herrschaft und Ausbeutung ohne *revolutionären Bruch* nicht möglich, wie auch die IL in ihrem „Zwischenstandspapier“ von 2014 schreibt²⁰, und zum Anderen ist die Überwindung der Zersplitterung der revolutionären Linken notwendig, wenn ein revolutionärer Bruch einmal möglich werden soll, und diese Überwindung ist *schon heute* notwendig, wenn die spezifischen Vorstellungen und Vorschläge von RevolutionärInnen in Bündnissen mit gradualistischen und reformistischen Linken nicht weiterhin untergehen (marginal bleiben) sollen.

Um ein Forum, um die verschiedenen Vorstellungen zu diskutieren, zur Verfügung zu haben, haben wir den Blog:

<http://plaene.blogspot.eu/>

eingerrichtet; und wir würden uns über zahlreiche und kontrovers-konstruktive Beteiligung freuen.

Zum Schluss möchten wir noch auf zwei knappe Übersichten hinweisen, die skizzierten, worüber ein Konsens sowohl zwischen Gruppen aus antinationaler als auch antiimperialistischer; sowohl aus trotzkistischer als auch maoistischer Tradition möglich sein sollte: <http://www.nao-prozess.de/blog/minimalkonsens-elaborierten-antikapitalismus/>

und

<http://www.nao-prozess.de/blog/3-spektren-oder-doch-nur-eines-und-eine-ueberzeugung/>.

20 „Notwendiger Bestandteil einer solchen radikalen Transformation ist der *revolutionäre Bruch*, dem wiederum viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen.“ (<http://interventionistische-linke.org/was-uns-eint>) „Die Notwendigkeit von Organisation und Organisation ergibt sich aus unserer selbst gestellten Aufgabe, in gesellschaftliche Kämpfe zu intervenieren, die Kräfteverhältnisse zu verschieben und auf einen *revolutionären Bruch* mit dem Kapitalismus und allen anderen Unterdrückungsverhältnissen zu orientieren.“ (<http://interventionistische-linke.org/dritte-phase-organisierung-und-organisation> – jeweils unsere Hv.)